



An den Bürgermeister
Rainer Weber
und den Rat der Gemeinde Uedem

in Kopie an die Ratsfraktionen

Gabriele Höpfner
Fraktionsvorsitzende

Rosenstr.31
47589 Uedem-Keppeln
02825-5358055
g.hoepfner@gmx.de

Uedem, den 03.09.2021

Antrag auf die Verwendung gendergerechter Sprache in der Verwaltung

Beschlussvorschlag:

der Rat beschließt:

1. Die Verwendung einer gendergerechten Sprache in allen öffentlichen Texten, in offiziellem Schriftverkehr und in gesprochener Sprache. Auch bei der Drucklegung neuer Infomaterialien ist darauf zu achten.
2. Die Website sollte sukzessive auf eine gendergerechte Sprache angepasst werden. Auch in den Sozialen Netzwerken soll darauf geachtet werden.
3. Die Geschäftsordnung und die Satzungen für die Gemeinde sollen hinsichtlich gendergerechter Sprache überarbeitet werden.

Begründung:

„Gender“ ist erstmal ein wissenschaftlicher Begriff, der das soziale Geschlecht eines Menschen beschreibt. Weder gleich noch unterschiedlich... Weiter will niemand verbieten das Mannsein oder Frausein so zu leben, wie es jede*r selbst mag. Die gleiche Akzeptanz erwarten andere Menschen aber genauso! Gendergerechtigkeit ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Im Jahr 2021 sind wir noch immer weit davon entfernt zum Beispiel den Gender Pay Gap unter Kontrolle zu haben. Als moderne und dynamische Gemeinde sollten wir Diversität wirklich leben und nach außen hin zeigen. Deshalb wünschen wir uns von der Gemeinde eine gendergerechte Sprache. Wir wissen, dass es ein langer Prozess ist und es dauert, bis man die eigene Sprache verändert. Lasst uns diesen Weg zusammen gehen und echte Inklusion in unserer Sprache Einzug erhalten lassen.

„Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern widerspiegelt unsere Welterfahrung, prägt unser Denken und unsere Identität. Die Sprache, die die Verwaltung spricht bzw. schreibt muss eine Sprache der Demokratie und der Gleichberechtigung sein, denn nur damit wird unser Staatswesen angemessen vertreten.“

Als Gemeinde wollen wir für die Personen, die hier leben und denen, die hier einmal leben wollen, ein offenes und modernes Bild zeichnen. Dazu gehört es, alle Geschlechter, ob weiblich, ob queer oder männlich anzusprechen. Genderidentität beschreibt die sexuelle, aber auch soziale Identität, mit welcher Personen sich beschreiben.

Verwaltungssprache soll alle Identitäten, alle Bürger*innen gleichermaßen ansprechen und somit die tatsächliche Gleichbehandlung der Geschlechter fördern. In der Verwaltungssprache überwiegen noch immer maskuline Formulierungen. Das traditionelle Mitgemeintsein von Frauen und queeren Personen führt zu Benachteiligung. Die Verwendung allein der männlichen Form ist dem Anspruch einer geschlechtergerechten und demokratischen Sprache, sowie einer dynamischen und wertvollen Gemeinde nicht angemessen. Mit diesem Antrag wollen wir den langfristigen Prozess starten ein Bewusstsein für Ungleichheiten zu entwickeln hin zu einer demokratischen Sprache. Gendergerechtigkeit bedeutet nicht nur sämtliche sexuelle Identitäten zu akzeptieren, sondern sie auch so anzusprechen.

Finanzielle Auswirkung:

Kosten für die Umsetzung unseres Antrags entstehen keine. Maximal könnte es von Vorteil sein, eine Schulung der Verwaltungsmitarbeiter*innen anzubieten. Diese könnte im Rahmen von Fort- und Weiterbildungskosten Niederschlag finden.

Im Anhang findet sich ein Leitfaden, den die TU Berlin herausgegeben hat, der sich mit dem Thema beschäftigt und eine Hilfestellung für eine gendergerechte Sprache darstellt.

https://www.tu-berlin.de/fileadmin/i31/Geschlechtergerechte_Sprache/KFG-Sprachleitfaden_2Auflage_08-2020_barrierefrei.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Gaby Höpfner